

Aufsichtsarbeit  
Allg. Berufskunde

Hbg, den 6.12.1971

Name: ..... Zeit: 60 Min.

Note: ~~3,8~~ 3,6

Gruppe: .....

Pkte: ~~15~~ 17

Die nachstehenden Fragen sind kurz zu beantworten; nur Stichpunkte.

1-1,5- Nenne die Vertragspartner des Berufsausbildungsvertrages für Fernmeldehandwerker.

1,5 ~~5~~ Lehrling u. seine Eltern oder gesetzlichen Vertreter mit dem Inhaber/Inhaberin des Unternehmens Vertreter des DBP

2-4,0- Nenne die 8 Paragraphen des Berufsausbildungsvertrages:

- 4
- §1: Ausbildungszeit
  - §3: Pflichten des Auszubildenden
  - §2: Pflichten der DBP
  - 5 §5: Haftung des Auszubildenden u. des gesetzlichen Vertreters
  - §6: tägliche Arbeitszeit Urlaub u. Vergütungen
  - §4: Pflichten des gesetzlichen Vertreters
  - §7: Kündigung
  - §8: Zeugnis

3-4,0- Nenne mind. 8 Pflichten der DBP gegenüber dem Auszubildenden:

- 0,5
- a) eine ~~DBP~~ Ausbildungsstelle
  - b) Urlaub
  - c) Vergütung
  - d) Zeugnis
  - e) sie muß genügend Material ausleihen zur Verfügung stellen
  - f) Material
  - g)
  - h)

4-3,0- Nenne mind. 6 Pflichten des Auszubildenden gegenüber der DBP:

- 0,5
- a) Er muß die Zeittaxe die ihm zuzahlt werden begreifen (lehnen)
  - b) Er muß ordentlich sein
  - c) fleißig
  - d)
  - e)
  - f)

5-1,0- In welchen Fällen haftet der Auszubildende für Schäden, die er verursacht hat? Wenn er sie vorsätzlich begangen hat oder wenn er nicht damit beauftragt ist etwas zu machen u. er macht es u. es wird dabei etwas kaputt

6-0,5- Kann hierfür auch der gesetzliche Vertreter mithaftbar gemacht werden?

0,5 ja (X) nein ( )

7-0,5- Muß während der Probezeit eine Kündigungsfrist eingehalten werden?

0,5 ja ( ) nein (X)



Pens: . . . . . Zeit: 70 Min.

Note: 3,8

Gruppe: . . . . .

Pkte: 31

1. (3) Das Wort Staat kommt aus dem Lateinischen und bedeutet Zustand, Ordnung.

Was versteht man heute im politischen Leben unter "Staat"?

3 Staat bedeutet das, auf einem bestimmten Gebiet (Staatsgebiet) ein Volk (Staatvolk) lebt. Es hat sich seine Gesetze selbst gegeben.

2. (4) Der Staat hat Aufgaben nach innen und nach außen.

a) Nenne mind. 2 seiner Aufgaben nach innen:

3 Dem Schutz des ~~Bev~~ Staatsvolkes  
Die Ordnung im Staat aufrecht zu erhalten

b) Nenne mind. 2 seiner Aufgaben nach außen:

Das Staatsvolk zu schützen gegen ~~andere~~ <sup>andere Staaten</sup>  
~~Beziehungen~~ Beziehungen ~~nach~~ zu anderen Staaten.

3. (3) Erkläre den Begriff "Staatsvolk":

3 Staatsvolk ist das Volk das in einem Staat lebt, und die Gesetze dieses Staates einhält, und in dem Staatsgebiet lebt.

4. (4) Die Zugehörigkeit zum Staatsvolk wird mit der Staatsangehörigkeit ausgedrückt. Diese bringt Rechte und Pflichten mit sich.

a) Nenne mind. 2 dieser Pflichten:

2 Dem Gesetz (Recht) zu helfen.

b) Nenne mind. 2 dieser Rechte:

Man hat das Recht sich durch das Gesetz zu schützen  
" kann den Bundesminister wählen.

5. (3) Wie kann man die Staatsangehörigkeit erwerben?

3 Durch Geburt, Heirat, Verleihung

6. (2) Nenne 2 Beispiele, wie man die Staatsangehörigkeit verlieren kann:

1 sich Ausbürgerung, durch das ~~Ge~~ Entzug durch das Gesetz.

2 (4) Gib eine kurze Definition des Wortes "Staatsgebiet":

Staatsgebiet = ein Gebiet in dem das Staatsvolk lebt dazu gehören alle Gebiete die die Grenzen umschließen, und der Luftraum über dem Land, und die Botschaften in anderen Ländern, Schiffe u. Flugzeuge

8. (3) Wer kann Träger der Staatsgewalt sein?

1 Richter, Polizist, Abgeordnete von Volk

9. (6) In Verbindung mit der Staatsgewalt spricht man auch manchmal von der Gewaltenteilung.

a) Nenne die einzelnen Teilgewalten:

Exekutive, Legislative, Judikative

b) Gib in Stichpunkten an, was man darunter versteht, was die einzelnen Teilgewalten machen:

Exekutive = Vollziehende Gewalt = Vollzieht das Urteil

Legislative = Gesetzgebende " = macht die Gesetze

Judikative = Richterliche " = spricht das Urteil nach dem Gesetz

10. (4) Die richterliche Gewalt teilt man in die ordentliche und besondere Gerichtsbarkeit.

a) Wie teilt sich die ordentliche Gerichtsbarkeit auf?

Gerichte gegen Gesetzesverstöße, Gerichte gegen Streitigkeiten

b) Nenne mind. 2 der besonderen Gerichte:

Fußballgericht, Schnellgericht

11. (3) Es gibt verschiedene Staatsformen, z.B. Sozialismus, Kapitalismus, Demokratie, Diktatur usw. Man kann sie nach verschiedenen Gesichtspunkten unterscheiden.

Nenne mind. 3 dieser Gesichtspunkte:

Nach dem Träger, Nach der Regierungart, Nach der Staatsform

12. (1) Wodurch unterscheidet sich eine Monarchie von einer Republik?

Eine Monarchie wird von einem Mann oder einer Personengruppe ~~gesteuert~~ gelenkt. Eine Republik wird vom Volk gelenkt.

13. (2) Besteht ein Unterschied zwischen einer demokratischen und einer parlamentarischen Republik?

ja ( )

nein (x)

14. (1) Wann spricht man bei einer Monarchie von "Absolutismus" oder auch "uneingeschränkter Monarchie"? von einer Personengruppe

Wenn sie nicht ein Mann betreibt ist es Absolutismus  
" " ein Mann betreibt ist es uneingeschränkte Monarchie

15. (2) Was versteht man unter einer parlamentarischen Monarchie?

16.(3) Die BRD ist eine Demokratie; wie bekundet das Volk seinen Willen?

3 Durch Wahlen und Leute aus dem Volk die im Bundestag sind.

17.(3) Man unterscheidet zwischen mittelbarer und unmittelbarer Demokratie.  
Gehören folgende Begriffe zusammen?

a) Unmittelbare Demokratie - parlamentarische Demokratie  
ja () nein ()

b) Mittelbare Demokratie - repräsentative Demokratie  
ja () nein ()

c) parlamentarische Demokratie - repräsentative Demokratie  
ja () nein ()

18.(6) Ein Bundesstaat besteht aus einzelnen Gliedstaaten. Diese Gliedstaaten geben einen Teil ihrer Souveränität an den Bundesstaat ab. In der Regel sind dies (nenne mind. 3 Pkte):

19.(1) Die Gliedstaaten haben durch ein besonderes Organ die Möglichkeit, bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mitzuwirken. In der BRD ist dies:

der Bundestag ()  
der Senat ()  
die CDU/CSU ()  
der Bundesrat ()  
der Landtag ()

20.(2) Der Staatenbund ist eine völkerrechtliche Verbindung souveräner Staaten. Welche Teile der Staatsgewalt geben diese an den Staatenbund ab.

Die Legislative Gewalt.



12.(2) Träger der Rentenvers. ist

2

die Landesversicherungsanstalt  
die Bundesversicherungsanstalt

für Arbeiter

für Angest.

✓

✗

13.(4) Rentenversicherungspflichtig sind

4

	ja	nein	abhängig vom Verdienst
Arbeiter	✓		
Angestellte			✓
Beamte		✓	
Lehrlinge	✓		

14.(1) Den Beitrag zur Rentenversicherung zahlt der versicherungspflichtige Arbeitnehmer

1

a) ganz     b) teilweise    c) gar nicht

15.(3) Welche der Sozialversicherungen zahlen unter bestimmten Umständen eine Rente?

2

Die Unfallversicherung  
Die Rentenversicherung  
Die Krankenversicherung

16.(1) Unter welchen Voraussetzungen gewährt die Arbeitslosenversicherung Arbeitslosengeld?

1

Wenn man unverschuldeter seinen Arbeitsplatz verliert

17.(2) Welchen Zweck hat die VAP?

0

Sie ist eine Zusatzversicherung für Angestellte

18.(3) In welchen Fällen zahlt die VAP eine Rente?

2

Bei Unfall, Krankheit u. bei Erreichen des Altersruhealters

19.(2) Die PBeaKK bietet eine freiwillige Zusatzversicherung an.

0

Was bietet die Zusatzversicherung?

Es ist eine Versicherung für Beamte sie zahlt bei Krankheit einen Zuschuß an den Kosten.

20.(2) Besteht ein <sup>Rechts</sup> ~~gesetzlicher~~ Anspruch auf

0

Beihilfe:  ja / nein

Unterstützung: ja / ~~nein~~

21.(1) Ist bei jedem Wohnungswechsel eines DBP-Bediensteten ein unverzinslicher Vorschuß möglich?

1

nein

22.(3) Unter welcher Voraussetzungen zahlt die DBP Erfrischungen?

1

Wenn es sehr heiß am Arbeitsplatz ist (Kotenschule)

23.(1) Ist die Mitgliedschaft zur Postkleiderkasse immer freiwillig?

0

ja/nein

24.(1) Ist der Postwaisenhort eine Tagesgruppe für Postwaisen?

1

ja/nein

25.(1) Geht die Schutzkleidung in das Eigentum des Trägers über, sobald er sie ausgehändigt bekommt?

0

ja/nein

26.(1) Wer kann Mitglied beim Post-Spar- u. Darlehensverein werden?

1

Alle ~~Bediensteten~~ Bediensteten der DBP

27.(2) Welche Aufgaben haben die Sozialbetreuer(innen) bei den FÄ?

1

Sie betreuen die Angehörigen der DBP  
 Sie hören sich ihre Nöte u. Sorgen an und  
 beraten sie so gut sie können

28.(3) Die DBP gewährt bei außerordentlichen Notlagen den Bediensteten finanzielle Unterstützung.

2

Welche Bedingungen müssen erfüllt werden?

Das man sich durch selbstverschulden in diese Notlage geadet  
 ist  
 Das man so im allgemeinen am Arbeitsplatz anständig und ver-  
 trauenswürdig ist

29.(4) Was umfaßt die Erholungsfürsorge der DBP für Kinder von Postangehörigen?

0

Sie schießt die Kinder der Postangehörigen auf  
 Erholung. Finanziert einen Urlaub für  
die ~~Postangehörigen~~ Familie Er schießt die Kinder  
 der Postangehörigen in Urlaub.

1.(2) Am 9.5.45 kapitulierten die Wehrmacht des 3. Reiches

a) Unterszeichnete Hitler die Kapitulationsurkunde?

nein ( ) ja (X)

b) Bei der Kapitulation handelte es sich um eine

beschränkte bedingungsloses unbedingte (X) Kapitulation

2

2.(1) Die Siegermächte teilten, 1945 Berlin in:

die Ost- und Westzone ( )

3 Besatzungszonen ( )

4 Besatzungszonen (X)

1

3.(1) Die Siegermächte bildeten den alliierten Kontrollrat

a) Wo hatte er seinen Sitz? in Berlin

b) Wie setzte er sich zusammen? aus den Oberbefehlshabern der

4 Siegermächte

c) Was war seine Aufgabe? Er sollte Deutschland <sup>zu</sup> wirtschaftlich

u. politisch verwalten

3

4.(4) In der Kreise wird oftens auf die Potsdamer Konferenz verwiesen

a) Wann fand sie statt? 17 Juli bis 2 August 1945

b) Welche Staaten nahmen daran teil? Amerika: USA, UdSSR, France

c) Sollte Deutschland aufgrund dieser Konferenz vertriebt werden?

nein (X)

d) Sollte Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandelt

ja (X) werden?

4

5.(1) Die Militärbehörden übten die Staatsgewalt aus. Beschäftigten sie hierbei auch Deutsche?

nein (X)

0

6.(1) Zug um Zug wurde die dt. Bevölkerung wieder aufgebaut. Der Aufbau erfolgte von

oben nach unten (X)  
unten nach oben

1

7.(1) In welchem Jahr fanden in den Westzonen die ersten freien und geheimen Wahlen statt? 1946

1

8.(1) Hierbei wurden zunächst gewählt die

Landtage ( )  
Kreisräte ( )  
Gemeinde- u. Stadt- (X)  
parlamente

1

9. (4) Im Frühjahr 1948 fand die "Londoner Vier-Mächte-Beratung" statt. Wer waren die 4 Teilnehmerstaaten?

- USA
- Frankreich
- Großbritannien
- Belgien
- Niederlande
- Luxemburg

10. (3) Das Ziel dieser Beratungen war:  
das politische Leben neu zu regeln  
das wirtschaftliche Leben neu zu regeln  
in der Bizone  
in den 3 Westzonen  
in den 4 Besatzungszonen

- 
- 
- 

11. (1) Die 3 westl. Besatzungsmächte ermächtigten die Ministerpräse. der 11 westl. Länder eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Diese Versammlung ist unter einem anderen Namen bekannt. Nenne ihn!

Landtag

12. (5) Diese Versammlung setzte sich aus Abgeordneten der damals bestehenden Länderparlamente zusammen.

- a) Wieviele Abgeordnete waren es? 65
- b) Nenne mind. 4 der Parteien, aus deren Reihen diese Abgeordneten kamen! SPD 24; CDU/CSU 21; FDP 5; KPD 2; MPP 2;

13. (1) Wann trat das Grundgesetz (GG) der BRD in Kraft?

23 Mai 49

14. (1) Stellt das GG eine solche Verfassung dar? ja ( ) nein (X)

15. (1) Hat das GG Vorrang vor allen übrigen Gesetzen und Verordnungen? ja (X) nein ( )

16. (1) Aus wievielen Abschnitten besteht das GG? 11

17. (1) Das GG hat einen Vor sprach. Nenne den Präzisionsdruck hierfür!

Beampel

18. (1) 11 Länder bilden heute die BRD. Nenne sie!

- Bayern
- Nordrhein-Westfalen
- Hessen
- Baden-Württemberg
- Bremen
- Hamburg
- Berlin
- Rheinlandpalz
- Saarland
- Niedersachsen

19. (5) Das GG garantiert der Einzelperson eine Reihe von Freiheitsrechten. Nenne mind. 5 davon.

- Versammlungsfreiheit
- Verkirgungsfreiheit
- Freiheit ~~der Person~~ vor dem Gesetz
- Freiheit der Person

20. (1) Das Bestehen der Gewerkschaften beruht auf dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit  
Vereinigungsfreiheit

X

1

X

1

Jeder Mensch hat ab seiner Geburt die Menschenrechte

1

X

1

→ aber nur aufgrund eines Gesetzes

3

Unverletzlichkeit der Person  
 Unverletzlichkeit der Wohnung  
 Unverletzlichkeit des Eigentums  
 Unverletzlichkeit des Post-, Brief- und Fernmeldegeheimnis

2

Einkaufs- und Schutzrechte

## Prüfung: Allgemeine Berufskunde

Zeit: 60 Minuten

Name: . . . . . Gruppe: . . . . . Punkte: 19,5 Note: 4,8

1. (3) Welche Arten der gegenständlichen Nachrichtenübermittlung kennen Sie?  
~~Versandbrief~~, ~~Postkarte~~, durch den Brief, das Päckchen, u. Telegramme
2. (5) Bei welchen Aufgabengebieten hat die Deutsche Bundespost  
 a) das Alleinrecht (Monopol) bzw.  
 b) steht sie im Wettbewerb mit anderen Unternehmen?  
 a) Telefon, Brief, ~~Post~~, Fernsehen, Rundfunkübertragungen, Telek.,  
 z, ~~Post~~ Personentransport, ~~Rundfunk~~ Pakete
3. (3) Nennen Sie die Stufen, in die sich die DBP gliedert!  
 oberste Behörde Bundesbehörde  
 mittlere Behörde Bundesbehörde  
 untere Behörde Bundesbehörde
4. (1) Von wem wird eine OPD geführt?  
~~Post-Präsident~~
5. (6) Wieviel Abteilungen gibt es bei einer großen OPD und wie sind die Aufgabenbereiche gestaltet?  
 Ergibt ~~5~~ 5 Abteilungen  
 Postwesen, Fernmeldeämter
6. (2) Welche Aufgabenteilbereiche umfaßt der Aufgabenbereich 6 - Linientechnik eines FA?  
 Kabelanlagen, Ober- u. Unterirdisch
7. (4) Welche Sonderämter des Fernmeldewesens kennen Sie?  
 Linientechnik, Übertragungstechnik, Störungstechnik
8. (4) Welche Versicherungen gehören zu den gesetzlichen Sozialversicherungen?  
 Krankenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung
9. (3) Welche Bereiche umfassen die gesetzlichen Sozialversicherungen daneben?
10. (4) Welche Maßnahmen der wirtschaftlichen Fürsorge leistet die DBP?  
~~Widows- und Waisenkasse~~; Kleinkasse, Ost-Grav- und Darlehensverein;

11. (7) Zählen Sie die Sozialeinrichtungen auf, die beim SAP zusammengefaßt sind!

12. (2) Wer ist Träger der Arbeitslosenversicherung und wo ist der Sitz dieser Anstalt?

Anstalt für Arbeit Sitz in Frankfurt

13. (3) Wann können bei der DBP Erfrischungen kostenlos abgegeben werden?

Allen ~~bei~~ Beschäftigten <sup>in DBP</sup> die bei einer besonderen Hitze ~~zu~~ arbeiten oder großer Kälte,

14. (2) In welchen Fällen gewährt die DBP unverzinsliche Vorschüsse?

Wenn man ~~von~~ ohne eigenes Verschulden in eine Notlage gerät.

15. (2) Welcher Personenkreis kann in der Postbeamtenkrankenkasse versichert werden?

alle ~~Post~~ Beamte

16. (1) Wodurch werden die Rechtsverhältnisse aller Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes geregelt?

~~Durch den Bes~~ TVARG TV- Arb.

17. (4) Nennen Sie die Tarifpartner für Verträge, die die Arbeitnehmer bei der DBP betreffen!

Gewerkschaften u. Arbeitgeberverbände

18. (4) Nach welchen Merkmalen und Grundsätzen werden die Löhne der Arbeiter bei der DBP bemessen?

a) Nach Arbeit

b) Nach Leistung

c) Nach Schwierigkeitsgrad

d) Nach ~~Preissteigerung~~ dem Lebenshaltungskosten

Zeit: 60 Minuten

Name: . . . . . Gruppe: . . . . . Punkte: **33** Note: **3/6**

1. (1) Wer ist in demokratischen Staaten Träger der Staatsgewalt?

Volk

2. (3) Nennen Sie die drei voneinander unabhängigen Teilgewalten, die sich gegenseitig kontrollieren!

Exekutive, = vollziehende Gewalt  
 Judikative, = richterliche Gewalt  
 Legislative, = gesetzgebende Gewalt

3. (1) Durch wen wird in einer repräsentativen Demokratie das Staatsvolk vertreten?

Durch Abgeordnete im Bundestag

4. (5) Nennen Sie die 5 Voraussetzungen, nach denen Wahlen in demokratischen Staaten durchgeführt werden?

allgemein ✓  
 unabhängig ✓  
 gleich ✓  
 frei ✓  
 gerecht ✓  
 geheim ✓

5. (5) Zählen Sie die obersten Organe der Bundesrepublik Deutschland auf!

Bundestag  
 Bundesrat  
 Bundesregierung  
 Bundesversammlung  
 Bundespräsidenten

6. (2) Welche Aufgaben hat der Bundesrat?

Die ernennung des Bundespräsidenten

7. (2) Wer ist im Bundesrat vertreten?

Mitglieder der Landesregierungen

8. (2) Wie setzt sich die Bundesversammlung zusammen?

Bundesrat und Abgeordnete des Bundestag

9. (1) Wer vertritt den Bundespräsidenten, wenn dieser im Ausland weilt oder wegen Erkrankung sein hohes Amt nicht wahrnehmen kann?

Vizepräsident

10. (5) Zählen Sie 5 wichtige Aufgaben der Bundespräsidenten auf?

- Abgeordnete aus anderen Ländern zu empfangen
- Begnadigung vollziehen
- Beziehungen zu anderen Ländern pflegen
- Den Bundestag auflösen

3

11. (2) Wer wählt den Bundeskanzler, wer ernennt ihn?

- Er wird durch den Bundestag gewählt
- Er wird durch den Bundespräsidenten ernannt

2

12. (1) Wie nennt man die Gesamtheit der Bundesregierung?

Parlament

1

13. (11) Wie heißen die Parlamente der einzelnen Länder der Bundesrepublik Deutschland? Zählen Sie Bundesländer und Parlamente auf!

- ✓ Berlin Senat
- ✓ Hamburg Senat
- ✓ Bremen Senat

- ✓ Bayern Landtag
- ✓ Hessen Parlament
- ✓ Rheinland Pfalz Parlament
- ~~Sachsen Parlament~~
- ~~Schwaben Parlament~~
- ✓ Baden-Württemberg Parlament

4

14. (10) Nennen Sie die obersten Bundesgerichte der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz!

- ✓ Bundessozialgericht in München
- ✓ Bundesarbeitsgericht in Kassel
- ~~Bundesverwaltungsgericht in Kassel~~
- ✓ Bundesfinanzhof in Berlin
- ✓ Bundesgerichtshof in Kassel

5

15. (3) Welche ordentlichen Gerichte der Länder kennen Sie?

Amtsgericht ✓  
Jugendgericht

16. (2) Wie heißen die Rechtsmittel, die man gegen ein Gerichts-  
urteil einlegen kann?

Einspruch oder Revision ✓

17. (2) Wie ist die Bezeichnung der Parteien, die sich in einem  
Zivilprozeß vor Gericht gegenüberstehen?

Ankläger und Angeklagter

18. (2) Was versteht man unter Rechtszug?

Prüfung: Allgemeine Berufskunde  
Politische Bildung

Zeit: 90 Min.

Nbg. den 18.4.7

Name: -----

Punkte: 15 / 17

Gruppe: -----

Note: 3,8 / 3,6

## a) Allgemeine Berufskunde:

- 1 (6) Welche Gesetze u. Rechtsverordnungen umfaßt das Fernmelderecht?

4 Das grundlegende Gesetz des Fernmelderechts ist das Gesetz über Fernmeldeanlagen <sup>das Fernmeldeanlagengesetz</sup>, kurz FAG, genannt, und das FVG, TO und TÖ.

- 2 (6) Geben Sie in Stichworten den Inhalt des Fernmeldeanlagengesetzes an!

6 Es regelt die Fernmeldehoheit, Genehmigung u. Überwachung private Fernmeldeanlagen, Zulassungszwang, Schutz des Fernmeldegeheimnisses, Schutz gegen Störungen, strafrechtliche Bestimmungen der Fernmeldehoheit.

- 3 (4) Erläutern Sie den Begriff Fernmeldeanlage!

- 4 (1) Wer kann Inhaber einer privaten Fernmeldeanlage sein?

7 Jedermann

- 5 (3) Nennen Sie einige genehmigungsfreie Fernmeldeanlagen!

2 Anlagen <sup>die nicht</sup> in einem Grundstück ~~die nicht an das Fernnetz betriebl. angeschlossen sind~~  
Anlagen in Firmen (DB)  
Wenn man zu der Übertragung keine Wellenlinie benötigt

- 6 (5) Geben Sie in Stichworten den Inhalt des Telegrafengesetzes an!

7 Es regelt den Schatzensatz, die Verlegung ~~der~~,

- 7 (5) Was ist als Verkehrsweg im Sinne des TWG anzusehen?

9  
15 Sämtliche Straßen, Wege, Gassen, Alleen, Straßengraben.

## L) Politische Bildung:

1. (1) Wer übt die ausschließliche Gesetzgebung für die Bundesrepublik Deutschland aus?

Der Bund

2. (3) Wer kann Gesetzesvorlagen in den Bundestag einbringen?

Bundestag rat ~~über~~ die Bundesregierung

3. (1) In wievielen Lesungen wird ein Gesetzentwurf im Bundestag beraten?

3.

4. (1) Welches Gremium erhält einen Gesetzentwurf nach Abschluß der 1. Lesung überwiesen?

~~Bundestag~~ Tag v. Fachausschuss

5. (5) Warum wird bei der Gesetzgebung des Bundestages unterschieden zwischen

- a) einfachen Bundesgesetzen  
b) Zustimmungsgesetzen  
c) verfassungsändernden Gesetzen?

Weil bei a, ~~keine~~ nicht die Zustimmung des Bundes ~~notwendig~~ ist

Bei b ~~es~~ wird die ~~langt~~ einfache Mehrheit des Bundestag ~~notwendig~~

Bei c braucht man eine  $\frac{2}{3}$  Mehrheit des Bundestag

6. (2) Wer darf Rechtsverordnungen erlassen?

Regierung ~~Bundestag~~

7. (1) Von welchem Bundesorgan wird eine Zustimmung benötigt, bevor eine Rechtsverordnung erlassen werden kann?

Bundestag ~~Bundestag~~

8. (5) Nennen Sie 5 Aufgabenbereiche, die in bundeseigener Verwaltung geführt werden!

Auswärtiger Dienst, Bundesfinanzverwaltung, Bundesbahn, Bundespost, Luftverkehr, Bundeswehrverwaltung

9. (4) Wie heißen die 4 Verwaltungsstufen, in die die bundeseigene Verwaltung gegliedert ist?

Oberste Bundesbehörde, Bundesoberbehörde,

Bundeseigene Mittelbehörde, Bundeseigene Unterbe-  
hörde

10. (7) Skizzieren Sie den Verwaltungsaufbau der DBP

Prüfung

Nbg, den 25. 6. 73

1150

Allgemeine Berufskunde / Politische Bildung

Zeit: 60 Min.

Name: -----

Punkte: 72

Gruppe: -----

Note: 3,0

Es sind eine oder mehrere richtige Antworten anzukreuzen bzw. die fehlenden Begriffe einzusetzen!

1. Die wichtigsten Gesetze des Fernmelderechts sind:

- a) das FAG . . . . ., das auch als das Grundgesetz des Fernmeldewesens angesehen wird,
- b) das TWG . . . . ., das auch als das Grundgesetz des Fernmeldebaus bezeichnet wird, sowie
- c) das FQ ~~HWG~~ HFG . . . . . und das FAFuG . . . . ., die besondere Einzelheiten des Fernmelderechts regeln.

2. Die wichtigsten Rechtsverordnungen des Fernmelderechts sind:

- a) die TO . . . . . und
- b) die EO . . . . .

3. Welche Vorschriften haben Gesetzeskraft und sind somit für jeden verbindlich?

- a) Gesetze
- b) Verwaltungsanweisungen
- c) Rechtsverordnungen

4. Unter Fernmeldehoheit ist zu verstehen

- a) das Recht, FAnl zu bauen und zu besitzen
- b) das ausschließliche Recht, FAnl zu errichten und zu betreiben
- c) das Recht der Gesetzgebung für das Fernmeldewesen

5. Träger (Inhaber) der Fernmeldehoheit ist der Staat (die DBP)

Bund

~~(der Minister)~~  
(der Minister für Post- und Fernmeldewesen)

16

6. Wer übt die Fernmeldehoheit aus?

- 4
- a) die Rundfunkanstalten für die Rundfunk- und Fernsehsender
  - b) der Bundespostminister
  - c) der Bundesverteidigungsminister für FANL, die für die Verteidigung des Bundes bestimmt sind

7. Nach dem FAG sind 3 Gruppen von FANL genehmigungsfrei. Hierbei handelt es sich um

- 6
- a) . *Transportanstalten* . F-.anlagen
  - b) Anlagen von *Behörden der Länder u. Gemeinde* und
  - c) . *Grundstückes* . . . . .anlagen

8. Ein junges Ehepaar gründet einen eigenen Haushalt und kauft sich ein Farbfernsehgerät, das sie in Betrieb nehmen wollen.

- 2
- a) Das Ehepaar benötigt eine fernmelderechtliche Genehmigung für diese Funkanlage.
  - b) Fernsehgeräte müssen beim zuständigen Postamt zwecks Einziehung der Gebühren angemeldet werden.
  - c) Fernsehgeräte sind genehmigungsfrei.
  - d) Fernsehgeräte sind allgemein genehmigt.

9. Ein Mieter beantragt einen Hauptanschluß. Es liegt keine Einwilligung des Grundstückseigentümers vor, daß die DBP auf dem Grundstück Vorrichtungen anbringen kann, die für einen Hauptanschluß notwendig sind.

- 2
- a) Eine Einwilligung des Grundstückseigentümers ist bei der Errichtung eines Hauptanschlusses überflüssig.
  - b) Der Antragsteller muß eine Grundstückseigentümergeklärung beibringen.
  - c) Die DBP muß mit dem Grundstückseigentümer einen Gestattungsvertrag abschließen.

10. Welche der nachstehend aufgeführten Tatbestände unterliegen dem Fernmeldegeheimnis?

- 6
- a) der Inhalt einer Nachricht
  - b) die Tatsache, ob und zwischen welchen Personen ein Fernmeldeverkehr stattgefunden hat
  - c) die Rufnummer eines OE-Anschlusses
  - d) die Gesprächsart
- 20

11. Wann sind Ausnahmen (Beschränkungen) vom Fernmeldegeheimnis möglich?
- a) wenn es das öffentliche Interesse erfordert
- b) wenn es die Sicherheit des Staates verlangt
- 2  c) im Verteidigungsfall
- d) wenn ein Gesetz dies ausdrücklich zulässt
12. Durch herabhängende Äste eines Baumes auf der Landstraße besteht die Gefahr, daß eine Freileitung der DBP gestört wird. Was kann die DBP zur Verhütung der Störung unternehmen?
- a) Beauftragte der DBP dürfen den Baum selbst ausästen, um die Störung abzuwenden.
- b) Die DBP darf nicht selbst ausästen, kann aber vom Baubesitzer eine Ausüstung verlangen.
- c) Die DBP kann eine Ausüstung nicht verlangen. Wenn der Baubesitzer eine Ausüstung verweigert, muß die DBP ihre F-Linie auf eigene Kosten ändern oder verlegen.
13. In welchen Fällen muß die DBP ein Planverfahren durchführen?
- a) wenn eine neue F-Linie errichtet werden soll
- 2  b) wenn eine F-Linie geringfügig geändert werden soll
- c) wenn eine F-Linie wesentlich geändert werden soll
14. Ordnen Sie den obersten Bundesbehörden die richtigen Aufgaben (1 bis 5) zu.
- |  |  |
|--|--|
| ✓ <input checked="" type="checkbox"/> a) Bundestag           | <input type="checkbox"/> 1 = Wahl des Bundeskanzlers                 |
| ✓ <input type="checkbox"/> b) Bundespräsident                | <input type="checkbox"/> 2 = Ernennung des Postministers             |
| 5 <input checked="" type="checkbox"/> c) Bundesregierung     | <input type="checkbox"/> 3 = Wahl des Bundespräsidenten              |
| 4 <input checked="" type="checkbox"/> d) Bundesratspräsident | <input type="checkbox"/> 4 = Vertretung des Bundespräsidenten        |
| 3 <input checked="" type="checkbox"/> e) Bundesversammlung   | <input type="checkbox"/> 5 = Verträge mit anderen Staaten aushandeln |
15. Wann werden die Bundesbürger zur Wahlurne gerufen?
- 2  a) wenn die Amtszeit einer Gemeindevertretung abgelaufen ist
- b) wenn der Bundespräsident stirbt
- c) alle vier Jahr zur Wahl der Mitglieder des Bundesrates
- d) alle vier Jahre zur Wahl der Abgeordneten des Bundestages

16. Welche Wahlgrundsätze gelten nach dem Grundgesetz?

- a) Jeder deutsche Staatsbürger muß an den Wahlen teilnehmen.
- b) Der Mann kann im Krankheitsfall seine Frau beauftragen, für ihn zu wählen.
- c) Jede abgegebene Stimme hat das gleiche "Gewicht".
- d) Die ausgefüllten Stimmzettel sind dem Wahlleiter im Wahllokal zu übergeben.

17. Wie werden die Bundesminister ernannt?

- a) auf Vorschlag des Bundeskanzlers
- b) durch Wahl im Bundestag
- c) durch Ernennung durch den Bundespräsidenten

18. Welche Aufgaben fallen in die Zuständigkeit der Bundesregierung?

- a) Rentenerhöhungen endgültig abschließen
- b) Gesetzentwürfe im Bundestag vorlegen
- c) Löhne und Preise festsetzen
- d) den Bundeshaushaltsplan aufstellen

19. Ordnen Sie die Ämter unter 1 bis 4 bitte richtig zu

- |  |   |
|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> 3 a) Angehöriger des Bundestages | <input type="checkbox"/> 1 = Staatsoberhaupt          |
| <input checked="" type="checkbox"/> 1 b) Bundespräsident             | <input type="checkbox"/> 2 = Regierungschef           |
| <input checked="" type="checkbox"/> 4 c) Landesminister              | <input checked="" type="checkbox"/> 3 = Abgeordneter  |
| <input checked="" type="checkbox"/> 2 d) Bundeskanzler               | <input type="checkbox"/> 4 = Mitglied des Bundesrates |

20. Gesetzesvorlagen werden im Bundestag an verschiedenen Tagen in drei Lesungen debattiert

- a) um der Opposition Gelegenheit zu geben, Gegenanschläge auszuarbeiten
- b) weil nicht immer alle Abgeordneten anwesend sein können
- c) um es den durch die Gesetze betroffenen Bürgern zu ermöglichen, Einwände bei den Abgeordneten vorzubringen



Straberg, den 19.6.74

## Aufsichtsarbeit

## Allgemeine Berufskunde/Politische Bildung

Zeit: 60 Minuten

Hilfsmittel: keine

Name:

Bewertung:

Gruppe:

Erreichte Punktzahl x 3

20 x 3 = 60 Punkte

## Zur Beachtung:

Die Aufgaben können in beliebiger Reihenfolge gelöst werden. Von den vorgesehenen Antworten ist nur eine richtig; diese ist durch Durchkreuzen des davorstehenden Buchstaben kenntlich zu machen z.B. B.

Werden mehrere Buchstaben einer Frage angekreuzt, gilt die Aufgabe als nicht gelöst.

Richtig angekreuzte Antworten ergeben 1 Punkt.

## 1. Was ist die Hauptaufgabe der DBP?

- a) Beförderung von Personen;
- b) Güterbeförderung;
- 1  c) Übermittlung von Nachrichten;
- d) Zahlung der Versicherungsrenten.
- e) Keine der Antworten ist richtig.

## 2. Wie die DBP zu verwalten ist, bestimmt

- a) der Bundespostminister;
- b) der Bundeskanzler in Zusammenarbeit mit dem Bundespostminister;
- 1  c) der Verwaltungsrat der DBP;
- 1  d) das Postverwaltungsgesetz;
- e) Keine der Antworten ist richtig.

## 3. Nach dem Postverwaltungsgesetz ist ein Verwaltungsrat zu bilden. Dem Verwaltungsrat gehören an

- a) Abgeordnete der Länderparlamente;
- b) Abgeordnete des Bundestages und des Bundesrates;
- c) Vertreter der Bundesregierung;
- 1  d) Vertreter des Bundestages, des Bundesrates, der Gesamtwirtschaft, des Postpersonals sowie Sachverständige des Finanz- u. Nachrichtenwesens.
- 3 e) Keine der Antworten ist richtig.

4. Welche Abteilung ist bei einer Überwachungsstation für das Fernmeldewesen zuständig?

- a) Abteilung 1
- b) Abteilung 2
- c) Abteilung 3
- d) Abteilung 4
- e) Keine der Antworten ist richtig.

5. Welche der nachstehend aufgeführten Aufgabengebiete können in Aufgabenteilbereichen unterteilt werden?

- a) Übertragungs- und Vermittlungstechnik;
- b) Haushalt;
- c) Teilnehmerdienste;
- d) Verwaltung.
- e) Keine der Antworten ist richtig.

6. Welche der nachstehend aufgeführten Dienststellen gehört in den Aufgabenbereich 6 eines Fernmeldeamts?

- a) Anmeldestelle;
- b) Personalstelle;
- c) Fernsprechartstörungenstelle;
- d) Fernmeldebaubezirk;
- e) Keine der Antworten ist richtig.

7. Die Zentralämter der DRG sind

- a) Ortsbehörden (Ämter);
- b) Bestenanteile des BEM;
- c) Mittelbehörden;
- d) Bundesoberbehörden.
- e) Keine der Antworten ist richtig.

8. Fernsprechauftragsdienst ist

- a) das Erteilen von Auskünften über Rufnummern von Fernsprechteilnehmern;
- b) die Aussage von Wettervorhersagen, Kino- und Theaterprogrammen, Foto- und Lottoergebnissen, Börsenberichten usw.;
- c) die Aufgabe eines Telegramms von einem HAs aus;
- d) das Entgegennehmen von Anrufen für den auftraggebenden Fernsprechteilnehmer auf Wunsch (z.B. bei Abwesenheit) sowie das Wecken von B-Teilnehmern auf Wunsch.
- e) Keine der Antworten ist richtig.

9. Welche Aufgaben hat die Rentenversicherung zu erfüllen?

- a) Die Erwerbsfähigkeit der Versicherten zu erhalten, zu bessern und wiederherzustellen;
- b) Erholungsmaßnahmen der Versicherten durchzuführen;
- c) Beihilfen zu gewähren;
- d) Kantinenzuschüsse zu zahlen.
- e) Keine der Antworten ist richtig.

10. Die Träger der Sozialversicherung werden verwaltet

- a) vom Parlament;
- b) von der Regierung;
- c) von der Vertreterversammlung und dem Vorstand;
- d) von den Arbeitgebern.
- e) Keine der Antworten ist richtig.

11. Als Einstiegskräfte für den BfT-Dienst werden bezeichnet?

- a) Die unmittelbar für den BfT-Dienst ausgewählten Kräfte;
- b) die für den Aft-Dienst vorgesehenen FHandw;
- c) die als HandwF aus artverwandten Berufen kommenden Kräfte;
- d) die zur BfT-Laufbahn zugelassenen Aft-Beamten.
- e) Keine der Antworten ist richtig.

12. Wann kann ein Fernmeldehandwerker frühestens die Prüfung zur Laufbahn des BfT-Dienstes ablegen?

- a) Nach Beendigung der Grundbeschäftigung;
- b) noch während der Aufbaubeschäftigung;
- c) nach Beendigung der Grundbeschäftigung und der Aufbaubeschäftigung;
- d) 6 Jahre nach Bestehen der FHandw-Prüfung.
- e) Keine der Antworten ist richtig.

13. Zu den Beförderungsebenen der mittleren fernmeldetechnischen Laufbahn gehört

- a) FOW;  b) TFBetrI;
- b) TPOS;  c) Keine der Antworten ist richtig.
- c) FHSn;

14. Die DBP bildet an eigenen Bildungseinrichtungen Fernmeldeingenieure als Nachwuchskräfte für den CFT-Dienst aus. Wie heißen diese Bildungseinrichtungen?

- a) Führungsakademie der DBP;
- b) Fachschulen;
- c) Postschulen und Fernmeldeschulen;
- d) Fachhochschulen;
- e) Keine der Antworten ist richtig.

15. Die Einstellung eines Arbeiters erfolgt aufgrund
- a) schriftlicher Vereinbarung;
  - b) eines Arbeitsvertrags;
  - c) einer schriftlichen gegenseitigen Erklärung;
  - d) einer mündlich gegenseitigen Erklärung.
  - e) Keine der Antworten ist richtig.
16. Die Aufgaben der Personalvertretungen sind enthalten in dem
- a) Bundesbeamtengesetz;
  - b) Beamtenrechtsrahmengesetz;
  - c) Personalvertretungsgesetz;
  - d) Betriebsverfassungsgesetz.
  - e) Keine der Antworten ist richtig.
17. In welcher gesetzlichen Bestimmung wird der Begriff der Fernmeldehoheit erläutert?
- a) Fernmeldeordnung;
  - b) Telegrafienordnung;
  - c) Fernmeldeanlagenengesetz;
  - d) Telegrafienwegengesetz.
  - e) Keine der Antworten ist richtig.
18. Wer übt die Fernmeldehoheit aus?
- a) Die Rundfunkanstalten für die Rundfunk- und Fernsehsender;
  - b) die Bundesregierung;
  - c) der Bundesverkehrsminister;
  - d) der Bundespostminister sowie der Bundesverteidigungsgeneralminister für PANL, die für die Verteidigung des Bundes bestimmt sind.
  - e) Keine der Antworten ist richtig.
19. Nach den Bestimmungen der FO besteht das öffentliche Fernsprechnetz aus
- a) den Ortsnetzen, den Fernvermittlungsstellen und den Leitungen zwischen ihnen;
  - b) den Gemeinschaftsumschaltern;
  - c) den öffentlichen Sprechstellen;
  - d) den Teilnehmereinrichtungen.
  - e) Keine der Antworten ist richtig.
20. Auf welchen der nachfolgenden Punkte erstreckt sich bei der Übermittlung einer Nachricht durch die DBP der Schutz des Fernmeldegeheimnisses nicht?
- a) Inhalt der übermittelten Nachricht;
  - b) Gesprächsart;
  - c) Gesprächsort;
  - d) Gesprächszeit.
  - e) Keine der Antworten ist richtig.

21. Durch welches Gesetz werden die Unverletzlichkeitsrechte des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses garantiert?
- a) Bürgerliches Gesetzbuch;
  - b) Grundgesetz;
  - c) Postgesetz;
  - d) Postverwaltungsgesetz.
  - e) Keine der Antworten ist richtig.
22. Das FAG sieht drei Arten von genehmigungsfreien privaten Fernmeldeanlagen vor. Welche der nachstehend aufgeführten FAnL ist genehmigungspflichtig?
- a) Behördenanlagen;
  - b) Anlagen von Transportanstalten;
  - c) Grundstückenanlagen;
  - d) Amateurfunkstationen.
  - e) Keine der Antworten ist richtig.
23. Ein Fernmeldehandwerker hört beim Prüfen einer Leitung ein Ferngespräch mit und erzählt anschließend einem Arbeitskollegen den Inhalt. Wie ist dieser Vorgang zu bewerten?
- a) Es liegt ein Bruch der Amtsverschwiegenheit vor.
  - b) Es handelt sich um eine Verletzung des Fernmeldegeheimnisses.
  - c) Eine Verletzung des Fernmeldegeheimnisses kann nicht unterstellt werden, da der Gesprächsinhalt lediglich einem anderen Postbediensteten mitgeteilt wurde, der ebenfalls zur Wahrung des Fernmeldegeheimnisses verpflichtet ist.
  - d) Gespräche, die zufällig beim Prüfen von Leitungen abgehört werden, fallen nicht unter den Schutz des Fernmeldegeheimnisses.
  - e) Keine der Antworten ist richtig.
24. Als bauausführende Kraft bei einem FBz werden Sie Zeuge eines Unfalls, bei dem ein Arbeitskollege in einem Kabelschacht verletzt wird. Mit welchem Schriftstück verständigen Sie ihre Dienststelle von dem Vorfall?
- a) Bericht
  - b) Gesuch
  - c) Meldung
  - d) Schreiben
  - e) Keine der Antworten ist richtig.
25. Eine Einschränkung des Grundrechts ist zulässig
- a) wenn gestreikt wird;
  - b) wenn die Arbeitgeber aussperren;
  - c) wenn die Wirtschaftslage kritisch wird;
  - d) wenn entsprechende Gesetze vorhanden sind.
  - e) Keine der Antworten ist richtig.
- 5

26. Wie können Grundrechte vom Deutschen Bundestag abgeschafft werden?
- a) Mit absoluter Mehrheit;
  - b) mit Zweidrittelmehrheit;
  - c) durch einstimmigen Beschluß;
  - d) wenn ein Volksentscheid vorausgegangen ist.
- e) Keine der Antworten ist richtig.
27. Warum schließen sich im Parlament Parteien zu einer Koalition zusammen?
- a) Um mehr Einfluß auf die Indikative zu gewinnen;
  - b) um die Mehrheit der Stimmen für die Regierungspolitik zu erreichen;
  - c) um die nächsten Wahlen sicher zu gewinnen;
  - d) um die Opposition zu stürzen.
  - e) Keine der Antworten ist richtig.
28. Welche Funktionsbezeichnung führt das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland?
- a) Staatspräsident
  - b) Bundeskanzler
  - c) Bundespräsident
  - d) Ministerpräsident
  - e) Keine dieser Bezeichnungen.
29. Bei einigen Abstimmungen im Parlament wird die "absolute Mehrheit" verlangt. Was ist das?
- a) Die Stimmen aller Abgeordneten;
  - b) die Mehrheit der abgegebenen Stimmen;
  - c) die Mehrheit der Stimmen aller Abgeordneten;
  - d) die Zweidrittel-Mehrheit aller Stimmen.
  - e) Keine der Antworten ist richtig.
30. Welche Einrichtung hat in der Demokratie die Aufgabe die Regierung zu kontrollieren?
- a) Polizei
  - b) Gerichte
  - c) Parlament
  - d) Staatsoberhaupt.
  - e) Keine der Antworten ist richtig.

31. Auf welcher gesetzlichen Grundlage beruht die staatliche und rechtliche Ordnung in der Bundesrepublik?
- a) Reichsverfassung
  - b) Weimarer Verfassung
  - c) Grundgesetz
  - d) Potsdamer Abkommen
  - e) Keine der Antworten ist richtig.
32. Die im Rechtsstreit unterlegene Partei will gegen ein noch nicht rechtskräftiges Gerichtsurteil ein Rechtsmittel einlegen. Welche Rechtsmittel kommen hierfür in Frage?
- a) Beschwerde
  - b) Berufung bzw. Revision
  - c) Einspruch
  - d) Androhung von Gegenmaßnahmen
  - e) Keine Antwort ist richtig.
33. Wie heißen die "Parteien" die sich bei einem Zivilprozeß vor Gericht gegenüberstehen?
- a) Staatsanwalt - Angeklagter;
  - b) Ankläger - Beschuldigter;
  - c) Kläger - Beklagter;
  - d) Richter - Geschworene
  - e) Keine der Antworten ist richtig.
- 3